

AG Europa

Erneuerungsprozess, Veranstaltung "Soziale Gerechtigkeit: Ein gutes Leben für alle". Stand 15.9.2022

Thema: Anforderungen an ein gerechtes Sozialsystem

1. Welche Themen bearbeitet ihr im Bereich soziale Gerechtigkeit und was ist dabei euer Bezug zur Globalisierungskritik?

Als Einleitung zu einer kurzen Übersicht der Themen, die wir bearbeiten, zitiere ich, wie unser Arbeitsziel im Antrag auf Anerkennung als attac-Bundesarbeitsgemeinschaft festgehalten ist:

- Wir setzen uns ein für „ein demokratisches, gerechtes, ökologisches, soziales und friedliches Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit anderen Teilen der Welt orientiert.“

Auch der Bezug unserer Arbeit zur Globalisierungskritik steht dort:

- „Wir widersetzen uns der aktuellen neoliberalen Politik in Europa und insbesondere in der EU, die den Mächtigen und Reichen und nicht den Vielen nützt. Wir stellen uns gegen die Austeritätspolitik sowie gegen die autoritären, antidemokratischen Tendenzen, die mit dem Abbau des Sozialstaats und der Prekarisierung der Arbeit zwangsläufig verbunden sind.“
- „Die EU ist ein strukturell im neoliberalen globalen Kapitalismus verhaftetes Projekt. Vor allem die großen westlichen Mitgliedsländer der EU sind ehemalige Kolonial- und Weltmächte, für die die EU heute wieder ein Instrument ist, an die alte Größe anzuknüpfen.“

Nun zu den Themen, die wir unter dem Blickpunkt „soziale Gerechtigkeit“ bearbeiten:

Die Verträge, auf die die EU beruht, schreiben eine kapitalistische Wirtschaftsordnung vor und legen eine Wirtschaftspolitik fest, deren primäres Ziel es ist, private Investitionen zu fördern und optimale Renditechancen zu sichern. Wir zeigen auf, wie die **neoliberale Austeritätspolitik** der EU – etwas über das Haushalts-Instrument des „Europäischen Semesters“ – **Vorgaben für die Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten setzt**, das heißt, Vorgaben zur Privatisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und zum Abbau von sozialen Rechten und Versorgungsansprüchen. Und wir analysieren, wie **internationale Finanzkonzerne**, z.B. Black-Rock, auf die Politik der EU-Kommission Einfluss nehmen.

Konkret zeigt sich dies z.B. bei den Renten. Die EU strebt eine Senkung der Renten und ein höheres Renteneintrittsalter an. Unter dem Einfluss der Finanzkonzerne hat die EU-Kommission bereits vor einigen Jahren Rahmenbedingungen geschaffen, die darauf hinauslaufen, die Bürger/innen zu motivieren, für eine auskömmliche Rente Investitionen in Finanzprodukte zu tätigen. Damit wird das System der solidarischen gesetzlichen Rentenversicherung ausgehöhlt. (vgl. z.B. <https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/pg-europa/europaeische-union>, Thema „Privatisierung und Verschlechterung der Renten“)

Wichtig ist uns der Blick auf Bewegungen in anderen Ländern, die gegen die neoliberale Sparpolitik aufstehen. Wir haben zum Beispiel über die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich informiert (<https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/pg-europa/europaeische-laender/frankreich#c114180>) und sind z.B. über das Netzwerk „Alter Summit“ (<http://www.altersummit.eu/?lang=en>) in Kontakt mit anderen europäischen Bewegungen. Auch die Idee eines „Green New Deals“ – im Sinne einer umfassenden ökologischen und sozialen

Transformation – ist bei uns Diskussionsthema. Dabei grenzen wir uns scharf vom wachstumsorientierten Green Deal der EU-Kommission ab.

Ohne Frieden gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Veranstaltungen und Erklärungen, die Kriegsursachen analysieren und für eine friedensstiftende Politik werben, sind zentrale Bausteine unserer Arbeit.

2. Hat sich bei diesem Thema in letzter Zeit etwas verändert?

Auch bei uns sind die aktuellen Konflikte in den Mittelpunkt der Diskussion getreten. Aktuell planen wir eine Veranstaltung, bei der die Energiekrise ein zentrales Thema sein wird, insbesondere auch unter sozialen Gesichtspunkten.

In Bezug auf die Politik der EU sehen wir Modifikationen, aber keine grundlegende Veränderung. Zum Beispiel wurden als „Krisenintervention“ Regeln der Austeritätspolitik vorübergehend außer Kraft gesetzt, die nationalen Regierungen konnten mehr Kredite aufzunehmen und erhielten Zuschüsse aus EU-Mitteln zur Bekämpfung der Folgen der Corona- Epidemie. Ein weiterer Aspekt: Es gibt bei kürzlich getroffenen Entscheidungen der EU-Kommission Detailansätze, die soziale Probleme reduzieren könnten, z.B. die Förderung von Kurzarbeit oder die Neuregelung der Entsenderichtlinie, die die Arbeitsbedingungen von Menschen, die vorübergehend in den reicheren EU-Staaten arbeiten, verbessert.

Das **Thema „Aktienrente“** hat an Aktualität gewonnen, da ja im Koalitionsvertrag die Einführung einer Form der Altersvorsorge verlangt wird, bei der ein Teil der Rentenversicherungsbeiträge am Kapitalmarkt investiert wird. Der **Krieg in der Ukraine** macht wieder deutlich, dass ein gutes Leben für alle, nicht in den Strukturen der heutigen EU, sondern nur in einem anderen Europa realisiert werden kann. Selbstkritisch müssen wir jedoch auch berichten, dass wir mit den Überlegungen, wie die Vision eines „anderen Europa“ in die Realität umgesetzt werden kann, erst am Anfang stehen.

3. Welches Handlungsmöglichkeiten für Attac seht ihr hier?

Beim **Thema „Rente“** sollte ein gesellschaftliches Bewusstsein geschaffen werden, dass durch Kapitalmarktinvestitionen das Ziel „eine **ausreichend hohe Rente für alle**, die ein Leben in Würde ermöglicht“ nicht erreicht werden kann. Ein Einstieg hierzu ist die aktuelle Kampagne. „Nein zur Aktienrente“. Auch sollte geprüft werden, wie eine Renten-Kampagne gemeinsam mit Bewegungen aus anderen europäischen Staaten geführt werden könnte.

Bei der Analyse sozialpolitische Themen sollte immer die Handlungsebene EU bzw. Europa mit gedacht werden. (Siehe z.B. <https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/pg-europa/startseite>, Thema „5. Die europapolitischen Positionen der Ampel“). Es gibt in attac unterschiedliche Einschätzungen zur EU. Unstrittig dürfte sein, dass die EU Spielräume der nationalen Sozialpolitik beeinflusst.

Notwendig ist eine Intensivierung der Kontakte zu attac-Organisationen und sozialen Bewegungen in anderen europäischen Staaten. Die Idee eines „anderen Europa“ verlangt Vernetzung. Insbesondere wäre zu überlegen, wie Kontakte zu Oppositionsbewegungen in den osteuropäischen Staaten ausgebaut werden könnten.